

Postfische



Zeitung

Begründet

1704.

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Die Postische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends) an Sonn- und Feiertagen nur einmal. Beilagen und Seiten-Beilagen: Grundriss, Hypothek, und Geldverkehr (täglich), Sport-Nachrichten (Montags früh), Literarische Umschau, Für Reise und Wanderung, Gross Berlin, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Aus der Frauenwelt. Man abonniert für auswärts bei allen Postanstalten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns etc. (Post-Zeitungspremliste S. 222), für Gross Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren sowie in der Haupt-Expedition und in den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Bezugspreis: für Gross Berlin durch die Zeitungs-Expeditoren monatlich 2 M. 70 Pf. für täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post monatlich 2 M. 50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausser Beleggebühren. Anzeigenpreis pro Zeile: Für die Morgenausgabe 50 Pf. (Stellungsgewinne) sowie amtliche Anzeigen staatlicher oder städtischer Behörden 40 Pf. Montagsausgabe und „Für Reise und Wanderung“ 60 Pf. Abendausgabe 70 Pf. im übrigen Berechnung nach Schriftarten laut Tarif. — Haupt-Expedition: C. v. Breite Str. 8/9. Filial-Expeditionen: O. 9. Potsdamerstr. 134a. W. 62. Luthorst. 21. S. 14. Neue Roßstr. 18. O. 27. Holzmarktstr. 18. Telefon-Anschlüsse: (Telephon-Zentrale im Hause) Amt Zentrum 1955, 1543, 7492, 7990. für Ferngespräche Amt Zentrum 10 640, 10 641.

Im Verlage Boffischer Erben.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Straße 8/9., Berlin C.

Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Sonderbeilags) Hermann Bachmann in Berlin.

Großgrundbesitz und Kleinstädte.

Von Professor Dr. Doormann, Mitglied des Reichstags.

Die Liberalen haben stets mit der größten Entschiedenheit die Verdrängung zurückgefordert, als ob sie die Interessen der Städte und Land, der für beide Teile unentbehrlich ist. Eine besondere wirtschaftliche Funktion fällt hierbei den kleineren Städten zu. Sie bilden unmittelbar des bodenwirtschaftlichen Bevölkerungsteils die Hauptstütze und Stützpunkte des für den unmittelbaren Bedarf arbeitenden Gewerbetreibenden und daneben den Markt für den direkten Güteraustausch, Produktion und Konsumtion treffen hier aufeinander oder rücken doch näher zusammen, als dies in den großen Knotenpunkten des Verkehrs der Fall ist. Nirgends wird so augenfällig wie hier, daß die einzelnen Berufsgruppen sich wechselseitig beeinflussen, geistig, technisch, wirtschaftlich, kurz in allen Beziehungen des Erwerbslebens eng zusammenhängen.

Aus diesem Grunde haben die kleineren Städte ein ungeborenes Interesse an der Befestigung der ländlichen Verhältnisse. Mit vollem Recht hat darum auch der Preussische Regierungspräsident v. Schöerlin in dem Vortrage, den er am 4. September 1911 auf dem brandenburgischen Städte- und Kreisrat hielt, betont, daß die innere Kolonisation keineswegs nur eine Frage des platten Landes sei. „An der glänzenden Entwicklung“, sagt er, „die Deutschland in den letzten 40 Jahren genommen hat, haben die meisten der kleineren Städte des Reichs keinen Anteil. Sie sind in dieser Zeit entweder wirtschaftlich nicht gewachsen, oder sogar absolut zurückgegangen.“ Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in dem Rückgang der Bevölkerung auf dem Lande. Der Bedarf aber ist in erster Linie die Grundbesitzverteilung verantwortlich zu machen, wie Schöerlin unübersehbar nachgewiesen hat. Es fehle den Städten, so führt v. Schöerlin des näheren aus, in ihrer Umgebung an der genügenden Anzahl von Kleinwirten, die für den naheliegenden Markt produzieren und auf ihm ihre Bedürfnisse einkaufen. Der Großgrundbesitzer suche für sein Vieh und Getreide andere Absatzgelegenheiten und sei nur in geringem Maße Abnehmer bei Kleinrentnern, Kaufleuten und Landwirten. Die Gütertage, deren Zahl überdies stark vermindert ist, und noch weniger die Wanderverkehr können den fehlenden kleinen Bauern- und Stellenbesitz nicht ersetzen. Dementsprechend bedarf das Gebiet des Rückgangs der kleinen Städte fast genau mit dem des Uebertriegens oder der sehr starken Vertretung des Großgrundbesitzes in den betreffenden Kreisen.

Wir haben versucht, einen Ueberblick über die Zahl der Städte zu gewinnen, in denen ein Rückgang der Bevölkerung in den Jahren 1905—1910 stattgefunden hat. Eine genaue Prüfung der Verhältnisse, die auch auf den Charakter der ganzen Landschaft, die historische Entwicklung und die traditionelle Erwerbsverhältnisse, die Stufe der neuen Industrialisierung u. s. w. Rücksicht zu nehmen hätte, würde allzu umfangreiche Vorarbeiten erfordern. Doch dürfen folgende Angaben für eine Orientierung genügen. In den 715 kleinen Provinz-Bezirken waren im Jahre 1910 vorhanden 761 Orte; davon zeigten, wenn wir richtig gezählt haben, 221 einen Bevölkerungsrückgang. In den übrigen Provinzen einschließlich des Hohenzollernschen Landes waren die entsprechenden Zahlen 514 bzw. 61. Der Rückgang ist in den einzelnen Orten im allgemeinen numerisch gering, das Gesamtbild ist mehr das einer Stagnation, eines Nichtfortschreitens, als das einer Verdünnung. Allein, wenn es an sich schon zweifelhaft erscheinen muß, ob dadurch der unersättliche Eindruck abgemildert wird, so würde daneben auch noch die nicht unbeträchtliche Anzahl von Stadtgemeinden in Betracht zu ziehen sein, die zwar keinen Rückgang der ortsanwesenden Bevölkerung, aber einer so minimalen Zuwachs haben, daß auch hier der Eindruck des Stillstandes sich aufdrängt. Alles zusammengekommen kein günstiges Prognosebild für die Zukunft dieser Stadtbesiedelungen.

Wir sind nun weit entfernt, diese Ergebnisse ausschließlich dem Vorherrschenden des Großgrundbesitzes zur Last legen zu wollen. Allein ein lauslicher Zusammenhang ist unverkennbar, was auch nachstehende Tabelle beweisen dürfte:

Zahl der Städte überhaupt:	Städte mit Bevölkerungsrückgang:
Dithmarschen	67
Westpreußen	57
Brandenburg	148
Sachsen	78
Posen	139
Schlesien	150
Sachsen	142
	60

Ist dies richtig, besteht ein lauslicher Zusammenhang, so muß umgekehrt eine zunehmende Aufteilung des Großgrundbesitzes eine günstige Wirkung auch auf die Städte äußern. Dem ist in der Tat so. Die Zunahme der Landbevölkerung, ihre Viehhaltung, ihre Sparbeiträge u. s. w. lassen sich darauf schließen.

Außerdem gibt es konkrete Beispiele in ausreißender Zahl, die jene Erwartung bestätigen. Herr v. Schöerlin verleiht unter anderem zwei Städte, Gnesen und Ratibitz, von denen erstere im Laufe der letzten 20 Jahre mit einem Kranz deutscher Ansiedelungen umgeben wurde, während bei letzterer die ländliche Umnebung im wesentlichen unberührt abblühen und zwar vorwiegend in den Händen von Großgrundbesitzern ist. Die Bevölkerung betrug in:

	1885	1905	1910
Gnesen	15 775	23 746	25 340
Ratibitz	12 919	11 403	11 529

Das Gleiche oder Ähnliches, Fortschreiten hier, Stillstand dort, gilt von anderen Städten, wie in dem Vortrage, den Schöerlin betonte, der bei den kleineren Städten aus einer möglichst starken ländlichen Mittelflässe zuwächst, da diese, mehr als der Großbesitz, auf die gewerbliche Tätigkeit und Handelsvermittlung der benachbarten Städte angewiesen ist und dauernd angewiesen bleibt. Er sagt:

„Die stark Bodenproduktion, besonders an Vieh, und der Bedarf einer wohlhabenden Bauernschaft begünstigt die landwirtschaftliche Entwicklung und die Ausdehnung kleinerer Märkte. Dies fällt in den eigentlichen Großgüterdistrikten fort. Bloß auf die Bedürfnisse der Arbeiter hin können sich örtliche Verkehrsnetze nicht ausbilden und erhalten. Treten vollends an die Stelle der Gutshöfchen mit ihren familien fremde Wanderarbeiter, so schädigt die Herabdrückung des Bedürfnisstandes wie die allgemeinen volkswirtschaftlichen, so besonders die gewerblichen Interessen. Deshalb zeigen die Großgüterdistrikte fast regelmäßig eine Abnahme nicht nur der ländlichen, sondern der gesamten Bevölkerung mit Einschluß der Städte.“

Auch Herr v. Wangenheim, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, vermochte — es war im Preussischen Landeseconomienkongress — die unbenutzbare Tatsache nicht abzuleugnen. Er suchte sie freilich zu mildern mit dem Hinweis auf die ungeheuren Summen, die gerade der Großgrundbesitz an eine große Zahl von Kaufleuten und Arbeitern in den kleineren Städten abführt. Sinterher verließ er sich sogar zu der Behauptung, daß von ihm den kleineren Städten mehr zugeführt werde als vom Kleinbesitz. Einen Beweis hierfür brachte er nicht bei. Es mag auch richtig sein, daß dies vielfach tatsächlich der Fall ist, nämlich da, wo der Kleinbesitz in verschwindendem Umfang sich erhalten hat. Allein so hoch die Frage nicht. Sind die Verhältnisse derart, daß die Städte in der Hauptsache von der Grundbesitz der Großgrundbesitzer leben müssen, weil niemand sonst da ist oder doch nur wenig Menschen, die eine mittlere Kaufkraft haben, so stellt sich eben heraus, daß dies zu einer gesunden Entwicklung nicht ausreicht. Anders da, wo sich eine ausgebreitete ländliche Mittelflässe findet. Und deshalb bleiben wir bei der Behauptung, daß die Frage der inneren Kolonisation auch die kleineren Städte in ihren fundamentalsten Interessen berührt, geradezu eine Lebensfrage für sie ist. Wer diese Orte des Ostens kennt, der wird die müde Reflektion, zu der sie verurteilt sind, und wie ein frisches und tatkräftiges Leben nicht aufkommen läßt, wie etwas Fremdes, wie eine Art Anarchismus empfinden inmitten des ganzen modernen Geistes unseres Wirtschaftslebens. Die Erfahrung hat zur Genüge gelehrt, wo der Sebel einzusetzen ist, um auch sie an den Fortschritten zu beteiligen, deren ihre günstiger gelegenen Schweserstädte sich erfreuen. Nach Plinius haben die Vatikundien Italiens zugrunde gerichtet; hier haben wir in beschränkterem Umfang eine neue und, wie uns scheint, unüberlegliche Befestigung ihrer schädlichen Wirkung.

Rußland, China und die Mongolei.

Urga, 28. Februar. (Petersb. Tel.-Ag.) Die im Konsulat unter Vorsitz von Korotkow abgehaltene Beratung von Vertretern der hierigen russischen Kolonie beschäftigte sich mit den bisher nicht beantworteten Fragen über die Entwicklung des russisch-mongolischen Handels; unter anderem wurde die Eröffnung der Zölle auf gewisse Sorten von ausländischen Stoffen für wünschenswert bezeichnet, um den russischen Manufakturen die Eroberung des mongolischen Marktes zu ermöglichen. Ferner wurde die Gründung einer Bank in Urga zur Gewährung von Darlehen, die durch Immobilien gesichert sein müßten, und besonders die Notwendigkeit der beschleunigten Befestigung der Kommunalverwaltung für Urga, die unter der Leitung von Korotkow ausgearbeitet ist, betont.

Petersburg, 28. Februar. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Peking: In der Provinz Szechuan hat sich eine Gesellschaft zum Schutze der Interessen Chinas in der Mongolei gebildet. Die Gesellschaft erließ einen Aufruf, in dem sie um Schutze der Rechte Chinas in der Mongolei die Anwendung von Waffengewalt fordert. Die Befestigung des Kaufes teilte der Gouverneur von Szechuan der Regierung mit, daß zwei neugebildete Divisionen zum Marsch in die Mongolei bereit ständen.

Friedensbemühungen der Türkei.

Die Meldungen von neuen Friedensvorschlägen der Türkei, die wir im gestrigen Abendblatt verzeichnet haben, scheinen nach ihrer Befähigung zu finden. Wenigstens darf man in diesem Sinne eine Sonderne Meldung deuten, die von einer lebhafte Tätigkeit der am Sitz der Völkervereinigung weilenden ottomanischen Unterhändler spricht, ohne freilich zunächst auch nur ein leise Andeutung über Inhalt und Ergebnis der Verhandlungen zu enthalten. Die Meldung lautet:

London, 28. Februar. Der türkische Botschafter Tewfik Pascha begab sich um 1 Uhr nachmittags in das Auswärtige Amt, wohin ihm Haffi Pascha um 4 Uhr folgte.

Die neuerdings erhöhte Bereitwilligkeit der Türkei, den Krieg mit dem Vierbund zum Abschluß zu bringen, erklärt sich genauam aus der militärischen und politischen Gesamtlage; vielleicht haben dazu aber auch Vorgänge im Schoß der Armee beigetragen, über die uns von einem gelegentlichen baltischen Mitarbeiter auf Umwegen die nachstehende Drohmeldung zugeht:

Von türkischer Seite erfahre ich, daß die Soldaten der Erimje-Kaserne in Skuttsch-Batari an den Sultan einen Brief geschrieben haben, worin sie sich über die Regierung beklagen und gegen einen Friedensschluß auf der Grundlage der Krämischen Antwortnote protestieren. In türkischen Kreisen wird erzählt, daß diese Soldaten und ihre Offiziere, die seinerzeit den Sturm Mahmud Schahs und des Kabinetts selbst herbeigeführt haben, erklärt haben, daß eine juristische Bewegung ausbrechen werde, falls im Friedensschluß Adrianopel preisgegeben würde. Man erzählt sich ferner, Mahmud Schah sei bei seinem letzten Besuch in Gallipoli sehr unzufrieden aufgenommen worden. Die Offiziere hätten ihm erklärt, daß sie jetzt natürlich weiterkämpfen, aber nach dem Friedensschluß mit ihm und der Regierung Abrechnung halten werden.

Kriegselmeldungen.

Vom Kriegsschauplatz selbst liegen heute wieder nur sehr dürftige Berichte vor, die wir im Nachstehenden zusammenstellen:

Konstantinopel, 28. Februar. Der amtliche Kriegbericht besagt:

Da das Terrain vollkommen aufgeweicht ist und die Rüsse aus ihren Ufern getreten sind, hat sich gestern an der Işkaltal-Bahlinie und vor Balat nichts von militärischer Bedeutung zutragen. Adrianopel wurde gestern an seiner östlichen Front durch Feldgeschütze schwach beschossen.

Konstantinopel, 28. Februar. Auf das Telegramm, das der Großvezir kürzlich an die fremden Kolonien in Adrianopel gerichtet hat, antwortete der Kommandant Schakri Pascha funktionsfähig, die Konsule seien von dieser Aufmerksamkeit sehr angenehm berührt und hätten ihn erludt, dem Großvezir den Dank der fremden Kolonien, deren Mitglieder wohlfaul seien, zu übermitteln.

Ein Sturm im Glacé Waller.

Wien, 28. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Gegenwärtig steht hier im Vordergrund des Interesses der in das Parlament übertragene Kampagne des Preßbüreau des Ministeriums des Auswärtigen. Es ist dies einer jener Stürme im Glacé Waller, die für das politische Leben in Oesterreich so bezeichnend sind. Schon seit Beginn der Balkanmission wird in Kreisen des österreichischen Herrenhauses die Behauptung aufgestellt, daß das Preßbüreau des Auswärtigen Amtes die Öffentlichkeit über die diplomatische Lage, als Graf Berchtold die mit ihm verbundenen Diplomaten und Politiker. In den letzten Tagen hat nun, wie bekannt, der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgkh nach einer Verdrängung mit dem Grafen Berchtold deutsch-österreichische Abordnungen gegenüber der bestimmten Forderung Südrussland gegeben, daß man vor einer Entspannung steht. Diese Erklärung wurde von einem großen Wiener Blatte dahin gedeutet, daß die Entspannung bereits eine vollendete Tatsache sei. Da jedoch noch alle brennenden Fragen in Verhandlung seien, antwortete das Ministerium des Auswärtigen mit einem Artikel im „Freundenblatt“, worin darauf hingewiesen wurde, daß von einer Entspannung erst dann gesprochen werden könnte, wenn die bulgarisch-rumänische und die albanesische Frage sowie der Balkanfriede selbst abgeschlossen sei. Dieser Artikel wurde, wie wir mit unterrichteter Seele mitteilen, im Auftrage des Grafen Berchtold geschrieben und ist dem Minister zur Durchsicht vorgelegt worden, ehe er im „Freundenblatt“ veröffentlicht wurde. Das oben erwähnte Blatt schloß in diesen Vorgängen eine Palastrevolution im Ministerium des Auswärtigen, welche Behauptung bei gewissen Mitgliedern des Herrenhauses und Abgeordnetenhauses Eindruck machte und zu einer Resolution des bulgarisch-rumänischen Ausschusses des Abgeordnetenhauses führte, worin gegen das Preßbüreau des Auswärtigen Amtes Stellung genommen war. Die ganze Angelegenheit wird in den nächsten Tagen im österreichischen Parlamente zur Sprache kommen.